



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider lieferte auf die wichtigste Frage zum Abstimmungskampf eine unbrauchbare Antwort, sagt ein Experte.

Foto: Franziska Rothenbühler

Geheime Statistiken, falsche Zahlen

Chaos bei Altersvorsorge Die meisten Versicherten haben keine Chance, herauszufinden, ob ihre Rente bei der Annahme der Pensionskassen-Reform sinken würde. Wichtige Daten bleiben unter Verschluss.

Mischa Aebi und **Adrian Schmid**

Die Glaubwürdigkeit ist angekratzt, die Datenlage unvollständig: Nachdem der Bund erst vor kurzem eine Fehlprognose in Höhe von 4 Milliarden Franken einräumen musste, zeigt sich jetzt, dass die Schweizerinnen und Schweizer auch am 22. September auf einer wackeligen Faktenlage über die Pensionskassen-Reform abstimmen werden. Das sind die wichtigsten Gründe für das Chaos:

1 Bundesrätin legt falsche Fährte

Bereits im Juni stellte eine Journalistin bei der Bundesrats-Medienkonferenz zur BVG-Reform eine entlarvende Frage: Wie erfahre ich, was die Reform für meine Rente bedeutet?, fragte sie sinngemäss. Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider

antwortete: «Jede Person kann ihre Pensionskasse fragen, wie es für sie aussehen wird.» Doch genau das ist das Problem.

Laut Stephan Wyss, einem führenden Pensionskassenexperten bei der Beratungsfirma Prevanto, kann kaum eine Pensionskasse heute verlässlich sagen, wie sich die Reform auf die Renten und Lohnabzüge der Versicherten auswirken wird. Der Grund laut Wyss: «Den Pensionskassen fehlen entscheidende Informationen, um solche Berechnungen heute schon durchzuführen.» Er bezeichnet die Antwort der Bundesrätin als «Zumutung» für die Pensionskassen.

Willy Huber, der kürzlich ein Buch zu den Pensionskassen veröffentlicht hat, warnt zudem, dass Sammelstiftungen «wenig Interesse an Transpa-

renz» über ihre profitablen Vorsorgedienstleistungen hätten. Versicherte erhielten «kaum wirklich verlässliche und für Laien verständliche Angaben zu allen offenen und versteckten Kosten der Vorsorge». Für die Stimmberechtigten bedeutet das: Sie haben kaum eine realistische Chance, zu erfahren, ob sie mit ihrer Stimme gegen ihre eigenen Interessen handeln.

2 Wichtige Statistiken sind geheim

Ein weiterer kritischer Punkt der BVG-Reform ist die fehlende Transparenz bei wichtigen Statistiken: Pensionskassen nutzen umfangreiche Daten wie Prognosen zur Lebenserwartung und Angaben über Hinterbliebene, um die Höhe der Renten zu berechnen. Diese Infos wären entscheidend, um



sich eine Meinung bilden zu können. Genau diese Statistiken bleiben aber unter Verschluss, weil sie nicht mehr von Behörden, sondern von zwei privaten Firmen erhoben und zu hohen Preisen von 25'000 Franken und mehr verkauft werden. Wer die Daten kauft, muss unterschreiben, dass er sie nicht veröffentlicht.

Ein Versuch des Bundesrats, das Bundesamt für Statistik mit der Erhebung dieser Daten zu betrauen, scheiterte 2015 am Widerstand der bürgerlichen Mehrheit im Parlament. **Stephan Wyss** bezeichnet die jetzige Situation als absurd: «Gerade in einem so wichtigen Abstimmungskampf wäre es unerlässlich, dass diese politisch brisanten Statistiken der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.»

Die Gewerkschaften als federführende Gegner der Reform behaupten, viele Pensionskassen stünden finanziell besser da, als allgemein dargestellt werde. Denn die künftige Lebenserwartung sei geringer als angenommen. Deshalb müssten weniger Renten ausbezahlt werden. Und darum sei die Reform gar nicht nötig. Solange die Statistiken unter Verschluss bleiben, kann die brisante Behauptung der Gewerkschaften weder bewiesen noch widerlegt werden.

3 Vorwurf: Fake-News-Kampagne
Plötzlich häufen sich die Fehler bei Abstimmungsvorlagen. Weil sich das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) bei den AHV-Prognosen ver-

rechnet hat, steht die Frage im Raum, ob die Abstimmung von 2022 über die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre für ungültig erklärt werden muss. Mehrere Abstimmungsbeschwerden sind hängig. Diese Woche wurde nun auch noch bekannt, dass der Gewerkschaftsbund SGB die Pensionskassenreform mit falschen Angaben bekämpft. Die Befürworter reagierten harsch. «Fake News haben kurze Beine», twitterte GLP-Nationalrätin Melanie Mettler.

Die Gewerkschafter hatten aufgrund von Berechnungen der Stiftung Proparis behauptet, dass fast 80 Prozent der über 50-jährigen Coiffeusen tiefere Renten bekämen. Proparis-Direktor Michael Krähenbühl sagte gegenüber SRF, die ausgewiesenen Werte seien «irreführend». Der Pensionskassenexperte, der die Berechnungen aufgestellt hat, verteidigte sich aber. Die Auswertungen und Resultate seien «korrekt». Dies geht aus einem E-Mail an den SGB hervor. Allerdings hat er offenbar nicht nur die effektiven Veränderungen der Renten berücksichtigt, so wie ursprünglich geglaubt. Vielmehr hat er ein Vollkostenrechnungsmodell für Versicherte erstellt, bei dem auch höhere Lohnbeiträge und andere Zuschläge berücksichtigt wurden. Auch wenn es sich möglicherweise nur um eine Ungenauigkeit handelt, dürften sich manche Stimmberechtigte mittlerweile fragen, was sie noch glauben sollen und was nicht.

4 Zahl der Betroffenen unbekannt

Wohl einmalig ist, dass bei einer Abstimmungsvorlage weder der Bundesrat noch die Behörden noch sonst eine Institution wissen, wie viele Personen von der Vorlage betroffen sind. Es liegen nur Schätzungen vor. «Wie sich die Reform genau auswirken würde, lässt sich nicht allgemeingültig feststellen», schreibt das BSV in einem Dokument. Das hänge von diversen Faktoren ab – etwa der Erwerbskarriere, dem Einkommen, den für die Person zuständigen Pensionskassen und wie diese auf die Reform reagieren werden, aber auch vom Alter der Person beim Inkrafttreten der Reform. **Experte Wyss:** «Es gibt eine kaum abschätzbare Zahl von Versicherten, die zwar über dem gesetzlichen Minimum versichert sind, aber trotzdem von der Reform erheblich betroffen wären, insbesondere durch höhere Lohnabzüge.»

5 Vertrauen bereits angeschlagen?
Und wenn das alles nicht schon genug wäre, gibt es auch noch grosse Differenzen bei den Umfragen zur BVG-Reform. Bei der Tamedia-Umfrage kam die Vorlage auf 33 Prozent Ja, bei der SRG auf 49 Prozent. Als mögliche Erklärung wird bereits die AHV-Panne genannt, da bei der SRG-Umfrage ein Grossteil vor dem Bekanntwerden des Rechenfehlers befragt wurde. Das schlechte Abschneiden in der späteren Tamedia-Umfrage könnte bereits ein Indiz dafür sein, dass das Vertrauen in den Staat stark angeschlagen ist.